

Elke Heins

Sozialpolitik und Sozialpolitikforschung in Großbritannien

Eine Erhebung zu Lehre, Dateninfrastruktur und Politikberatung

AUF EINEN BLICK

- Sozialpolitik ist ein eigenständiges Lehrfach an britischen Hochschulen mit einer relativ langen Tradition. Sozialpolitik wird an über 90 Hochschulen unterrichtet, mit insgesamt leicht ansteigenden Studierendenzahlen. Trotz einer Reihe an Herausforderungen ist die Lage der sozialpolitischen Lehre jedoch sehr gut.
- Die Dateninfrastruktur in Großbritannien ist hervorragend. Eine besondere Stärke sind Umfragen und Kohortenstudien. Daten sind recht leicht zugänglich und zum Teil miteinander verknüpfbar. Eine Herausforderung stellt allerdings die drohende Abschaffung des Zensus und dessen Ersetzung durch administrative Daten und ‚Big Data‘ dar. Geplante Ausgabenkürzungen mit Ende der akuten Coronakrise sind ein weiteres Problem.
- Die Politikberatungslandschaft in Großbritannien ist sehr vielfältig. Neben offiziellen Beratungsgremien gibt es eine Vielzahl an Thinktanks, die zu sozialpolitischen Themen Stellung beziehen und versuchen, Einfluss auf die Politik auszuüben. Auch versuchen Akademiker*innen, ihre Expertise in die Politik einzubringen.

ABSTRACT DEUTSCH

Im Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland ist Sozialpolitik ein etabliertes Lehrfach mit einer wissenschaftlichen Vereinigung, renommierten Fachzeitschriften und Studiengängen an über 90 Hochschulen. Die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses legt starken Wert auf empirische Methoden und ermöglicht daher gute Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Sozialpolitische Lehre und Forschung an Hochschulen finden im Kontext eines starken Wettbewerbsdrucks und einer expliziten Marktlogik statt. Aktuelle Herausforderungen sind die sogenannte ‚Impact‘-Agenda, die Zugänglichkeit des Studiums für Studierende mit nicht akademischem Hintergrund, die Dekolonisierung des Lehrplanes sowie der Brexit und die Coronapandemie. Die Dateninfrastruktur für die sozialpolitische Forschung ist hervorragend und zeichnet sich durch robuste Langzeitstudien und Umfragen aus. Die Politikberatung ist weit gefächert: Alle Parlamente und Regierungen haben ihre eigenen Beratungsgremien, welche auch sozialpolitische Expertise einbeziehen. Bemerkenswert ist die hohe Anzahl an Thinktanks, von denen sich viele explizit sozialpolitischen Themen widmen. Der von öffentlicher Seite geforderte Austausch zwischen Wissenschaft und Politik motiviert Akademiker*innen, ihre sozialpolitische Expertise einzubringen.

ENGLISH ABSTRACT

Social Policy is an established subject in the United Kingdom with its own learned society, esteemed journals, and undergraduate as well as postgraduate programmes of study at over 90 higher education institutions. Postgraduate training is emphasising empirical research methods and thus offers good labour market prospects inside and outside academia. Social Policy teaching and research takes place in the context of a competitive market logic. Current challenges include the pressure to demonstrate impact, widening participation, decolonising the curriculum as well as problems related to Brexit and the Covid-19 pandemic. The UK data infrastructure is excellent. A particular strength consists of cohort studies and surveys. A major concern is the potential replacement of the census with administrative and big data. Forms of policy advice are varied, ranging from official channels such as parliamentary committees or inquiries, which usually

include social policy expertise where relevant, to more informal practices. A key feature is the large number of think tanks, of which many deal explicitly with social policy topics. The requirement to engage in knowledge exchange activities and demonstrate policy relevance of research means that also many social policy academics are trying to bring their expertise into policy making.

1 Hochschulstudiengänge in Sozialpolitik

1.1. ÜBERBLICK

Im Unterschied zu Deutschland ist Sozialpolitik im Vereinigten Königreich ein eigenständiges und relativ etabliertes Hochschulstudienfach. Bereits im Jahr 1950 wurde ein Lehrstuhl unter der damals geläufigeren Bezeichnung ‚*Social Administration*‘ an der London School of Economics eingerichtet. Der erste Inhaber dieses Lehrstuhls, Richard Titmuss, gilt als Begründer des akademischen Lehrfaches im britischen Nachkriegswohlfahrtsstaat.

Die Etablierung der Disziplin zeigt sich unter anderem daran, dass bereits seit 1972 eine gesonderte wissenschaftliche Vereinigung (*Social Policy Association, SPA*) besteht, die auch einige der führenden Fachzeitschriften, u. a. das renommierte *Journal of Social Policy*, herausgibt. Dennoch hält auch in Großbritannien die Debatte darüber an, wo die genauen Grenzen des Faches liegen und welche Beziehungen zu anderen sozialwissenschaftlichen Fächern, insbesondere der Soziologie, Politikwissenschaft und Sozialen Arbeit, bestehen (Hudson und Lunt 2022).

Oftmals wird Sozialpolitik in Kombination mit anderen Fächern, z. B. Politikwissenschaft, Soziologie, Jura oder einer Fremdsprache angeboten (sogenannte ‚*Joint Honours*‘), es gibt aber auch ausgewiesene BA-Einzelstudiengänge in Sozialpolitik.¹ Auf Masterniveau besteht oftmals die Möglichkeit der Spezialisierung, z. B. in komparativer und/oder internationaler Sozialpolitik, allerdings bieten einige Institutionen ohne BA-Sozialpolitikprogramme auch einen reinen Sozialpolitikabschluss auf Masterlevel an.

Das Studienfach ist aufgrund seines angewandten und oftmals tagesaktuellen Charakters – der Lehrinhalt behandelt zum Beispiel kontroverse Themen wie Brexit, Immigration, Privatisierung, die (negative) Repräsentation von Sozialleistungsbeziehenden in den Medien oder die öffentliche Meinung zum Wohlfahrtsstaat sowie die Schulung in Methoden der empirischen Sozialforschung – bei den Studierenden sehr beliebt, hat aber als vergleichsweise neue Disziplin weniger Bekanntheitsgrad als z. B. die Politikwissenschaft und wird daher auch zum Teil als weniger angesehen wahrgenommen. Dies kann in der Studienfachwahl entscheidend sein, insbesondere wenn die hohen Studiengebühren (ca. 9000 Pfund pro Jahr für englische Studierende) von den Eltern getragen werden. Oftmals belegen Studierende daher aus Interesse zwar einige sozialpolitische Kurse, wählen aber ihren Abschluss in einem etablierteren Fachgebiet. Konkurrenz um Studierende geht außerdem von anderen neuen Zweigen der Sozialwissenschaften aus, insbesondere der Kriminologie,

¹ Mancherorts findet sich auch die Bezeichnung ‚*Social and Public Policy*‘ oder auch nur ‚*Public Policy*‘, aber der Lehrinhalt ist normalerweise stark auf Sozialpolitik im engeren Sinne zugeschnitten. Früher war auch die Bezeichnung ‚*Social Administration*‘ geläufig, was auf die Ursprünge der Sozialpolitik hindeutet. Dies ist aber inzwischen ein eher antiquierter Begriff.

die derzeit sehr beliebt ist. Jedoch wechseln einige Studierende auch von verwandten Disziplinen während des Grundstudiums in die Sozialpolitik, nachdem sie durch einen Einführungskurs vom Inhalt des Faches erfahren haben.

Während sozialpolitische Fachbereiche an manchen Universitäten expandieren, beispielsweise indem sie Kriminologie, Kindheits- und Jugendstudien oder Gesundheitspolitik als untergeordnete Programme oder Module inkorporieren oder durch den tagespolitischen Stoff Studierende aus mehr theoretisch orientierten Disziplinen erfolgreich abwerben können, fürchten andere um die Schließung oder sind zumindest von Fachzusammenführungen betroffen (Mackinder und Hudson 2017, S. 11). Im Studienangebot zeichnet sich dies darin ab, dass mancherorts nur einzelne Sozialpolitikmodule in allgemeineren oder verwandten sozialwissenschaftlichen Studiengängen angeboten werden, aber kein komplettes Programm mit klarem Schwerpunkt in Sozialpolitik besteht.

Die oben angedeutete Definitionsschwierigkeit des Studienfaches Sozialpolitik und seine unklaren Grenzen zu ähnlichen Fächern haben auch eine Auswirkung auf quantitative Bestandsaufnahmen. Schätzungen des Kursangebotes in Sozialpolitik gehen daher je nach Methode zum Teil weit auseinander. Eine aktuelle Rangliste der Zeitung *The Guardian* (2022) zählt 505 Programme unter der Rubrik ‚Sozialpolitik und Verwaltung‘ an 88 Institutionen, von denen bei genauerer Betrachtung einige aber nur verwandte Studiengänge anbieten, z. B. in Kriminologie oder Katastrophenhilfe, jedoch nicht in Sozialpolitik selbst. Eine Suche nach sozialpolitischen BA-Studiengängen auf der Internetseite der Studienzulassungsbehörde UCAS listet aktuell 799 Kurse bei 85 verschiedenen Anbietern, aber nur 29 davon haben ein BA-Programm, das explizit den Begriff ‚Sozialpolitik‘ im Namen führt. Auf MA-Ebene gibt es 271 Programme von 75 verschiedenen Anbietern, wenn die Definition von Sozialpolitik weitgefasst ist (UCAS 2022).

Einen detaillierten Überblick über den Stand der Disziplin in Großbritannien geben Erhebungen der SPA in den Jahren 2011, 2016 und 2022.² Demzufolge wird Sozialpolitik (allerdings relativ weit definiert unter Einschluss anderer Sozialwissenschaften, die eine sozialpolitische Komponente haben) auf BA-Ebene an 94 Hochschuleinrichtungen angeboten (Tabelle 1). Der Anstieg in dieser Kategorie seit 2011 ist wahrscheinlich zum Teil auf unterschiedliche Erhebungsmethoden zurückzuführen (Mackinder & Hudson 2017, S. ii).

Tabelle 1: Sozialpolitische Studiengänge im Vereinigten Königreich

Art des Studienganges	2011	2016	2022
Einzelstudiengang BA-Ebene („single honours“)	16	17	18
Kombinierter Studiengang BA-Ebene („joint honours“)	32	35	25
Allgemeiner sozialwissenschaftlicher Studiengang mit sozialpolitischer Komponente auf BA-Ebene	73	94	94
Reiner Studiengang MA-Ebene	n. a.	37	39
Breiterer Studiengang MA-Ebene mit sozialpolitischer Komponente	59	68	n. a.

² Die Ergebnisse der 2022-Erhebung sind vorläufig und noch nicht veröffentlicht.

Quellen: Mackinder und Hudson (2017); Patrick et al. (2011); HESA und unveröffentlichte SPA-Daten (für 2022)

Laut den neuesten offiziellen Daten der Hochschulstatistikagentur bieten auch im akademischen Jahr 2020/21 94 Institutionen – altehrwürdige Institutionen wie Oxford, aber auch neuere fachhochschulartige Institutionen einschließlich – sozialpolitische Kurse in mindestens einer Form an (HESA 2022).

Verschiedene nationale Erhebungen, die die Qualität der Studiengänge zu ermitteln versuchen – die allerdings mit etwas Vorsicht zu genießen sind –, platzieren die London School of Economics oftmals an die Spitze der Disziplin. Andere renommierte Institutionen, die sich Umfragen zufolge regelmäßig durch Stärke in Sozialpolitik auszeichnen, sind die Universitäten von Edinburgh, Glasgow, Bristol, Bath und Kent (siehe z. B. *The Guardian* (2022) für eine aktuelle Tabelle).

Die Sozialwissenschaften insgesamt profitieren seit einigen Jahren davon, dass die Nuffield Foundation in Kooperation mit dem Economic and Social Research Council (ESRC – das britische Äquivalent zur DFG) seit 2013 sogenannte ‚Q-Step‘-Zentren finanziert, die die Ausbildung in quantitativen Methoden in den Sozialwissenschaften forcieren. Drei der insgesamt 18 Zentren (Bristol, Edinburgh und Glasgow) bieten seitdem den Studiengang ‚Sozialpolitik mit quantitativen Methoden‘ an (Nuffield Foundation, o. D.). Insgesamt gibt es an vielen Hochschuleinrichtungen einen Trend zur Stärkung der Forschungs- und Methodenkenntnisse, aber hauptsächlich geschieht dies auf Masterebene.

1.2. DIE AUSBILDUNG DES WISSENSCHAFTLICHEN NACHWUCHSES

Das Sozialpolitikstudium ist in ein drei- oder vierjähriges BA- (*undergraduate*) und einjähriges MA-Niveau (*postgraduate*) geteilt.³ Auf MA-Ebene gibt es außerdem die Unterscheidung zwischen einem lehrorientierten (*postgraduate taught*, PGT) und forschungsorientierten (*postgraduate research*, PGR) Abschluss. Letzterer kann als eigenständiger Abschluss belegt werden und z. B. als Qualifikation für eine Beschäftigung in der (privaten oder öffentlichen) Sozialforschung dienen, ist aber üblicherweise das Qualifikationsjahr für eine Promotion. Beide MA-Abschlussarten qualifizieren zum Promotionsstudium, aber es wird normalerweise erwartet, dass relevante Methoden- und Forschungskurse während des Doktorats belegt werden, sollten diese Grundlagen noch nicht vorhanden sein. Der ESRC als wichtiger Finanzierer von Promotionsstudiengängen schreibt spezifische Methodenkenntnisse als verpflichtend vor, um sicherzustellen, dass der wissenschaftliche Nachwuchs rundum in sowohl qualitativen als auch quantitativen Methoden ausgebildet ist und zudem in allgemeinen Forschungsdesign- und Ethikfragen versiert ist. Die meisten Universitäten haben hierfür Graduiertenschulen auf Fakultätsebene eingerichtet und manche außerdem spezifische Ausbildungszentren für sozialwissenschaftliche Methoden aufgebaut, die sowohl dem wissenschaftlichen Nachwuchs, aber auch qualifizierten Wissenschaftler*innen oder externen Kund*innen dienen.

³ In England, Wales und Nordirland dauert das Vollzeit-BA-Studium drei Jahre (vier Jahre, falls ein Auslandsjahr belegt wird). In Schottland beträgt die Regelstudienzeit vier Jahre (Auslandsjahre werden angerechnet). Ein Masterstudium dauert Vollzeit normalerweise ein Jahr oder als Teilzeitstudium zwei Jahre.

Doktorand*innen sind für Universitäten ein wichtiges Aushängeschild und es besteht ein harter Wettbewerb um renommierte Stipendien vom ESRC oder von Stiftungen. Während Stipendien von Stiftungen oder Regierungen in ihrer Anzahl stark limitiert sind, stellen die meisten Universitäten auch eigene Förderprogramme zur Verfügung. Auch hier übertrifft die Nachfrage bei Weitem das Angebot. Doktorand*innen können ihr Promotionsstudium allerdings auch selbst finanzieren und stellen daher eine wichtige Einnahmequelle für Universitäten dar.

Viele Promotionsstudierende bessern sich den Lebensunterhalt durch Arbeit als Tutor*in auf und sind im universitären Betrieb aufgrund dieser Rolle unverzichtbar. Auch ist der Nachweis von Lehrerfahrung wichtig bei der Bewerbung um die erste akademische Festanstellung. Insgesamt lässt sich neuerdings eine Formalisierung der Lehrqualifikation durch Zertifizierung feststellen. Die notwendigen Trainingskurse werden normalerweise von den Hochschulen für ihre Doktorand*innen organisiert und bezahlt. Gelegentlich bietet sich auch die Möglichkeit, während des Doktorats als Forschungsassistent*in zu arbeiten oder andere akademische Hilfsleistungen zu erbringen.

Eine Reihe von privaten Stiftungen, zum Beispiel der Leverhulme Trust, und öffentlichen Trägern, zum Beispiel die British Academy oder der ESRC, bieten begehrte Postdoc- oder ‚Early Career‘-Stipendien an.⁴ Auch erlauben einige Forschungsförderungsprogramme für etablierte Wissenschaftler*innen die Anstellung von Postdocs als Projektmitarbeiter*innen.

1.3. ABSOLVENTENDESTINATIONEN

Die Ausbildung in verschiedenen Methoden der empirischen Sozialforschung und in kritischem Denken macht Absolvierende in Sozialpolitik auf dem Arbeitsmarkt gefragt. Die Kenntnisse und Kompetenzen, die das britische Sozialpolitikstudium vermittelt, sind von allgemeinem Charakter und weit gefasst:

- Erfahrung mit methodischen und systematischen Problemlösungsansätzen,
- Analytische Fähigkeiten,
- Rücksichtnahme auf Werte und Interessen anderer,
- Mündliche und schriftliche Kommunikation,
- Teamarbeit,
- Zahlen- und Datenverwaltung,
- Versiertheit in der Anwendung von Informationstechnologie.

Der Abschluss ermöglicht daher vielfältige Beschäftigungsmöglichkeiten im öffentlichen, dritten und privaten Sektor. Laut einer offiziellen Erhebung aus dem Jahr 2021 finden über 60 % der Sozialpolitikabsolvent*innen eine Anstellung nach dem Studium. Weitere 20 %

⁴ Eine Auflistung der Stellen im Bereich der Sozialpolitik ist nicht verfügbar, da die Stipendien im offenen Wettbewerb vergeben werden und anders als bei den Doktorandenstipendien keine Quoten für einzelne Disziplinen bestehen. Projekte sind thematisch nicht immer eindeutig einem Fachbereich zuzuordnen.

verfolgen ein weiterführendes oder berufsbegleitendes Studium. Knapp unter 10 % der Absolvent*innen gaben an, arbeitslos zu sein. Viele Absolvent*innen arbeiten nach dem Studium im öffentlichen Gesundheitsdienst (NHS), dem Polizei- und Justizsystem, in der kommunalen Verwaltung oder zentralen Regierung, in der Jugend- und Sozialarbeit oder dem weiteren öffentlichen Dienst. Außerdem bieten sich Beschäftigungen in der öffentlichen und privaten Sozialforschung an sowie in der Datenanalyse oder Politikberatung (Prospects, 2021).

Tabelle 2: Berufswege von Sozialpolitikabsolvent*innen

Branche	Prozent
Kinderbetreuung, Gesundheit und Bildung	18,7
Recht, Soziales und Wohlfahrt	15,9
Einzelhandel, Catering, Kundendienst	12,0
Weitere Professionen	10,7
Anderes	42,7

Quelle: Prospects (2021)

1.4. HERAUSFORDERUNGEN

Impact-Agenda und Wettbewerbsdruck

Universitäre Forschung und Lehre ist derzeit stark dem Druck ausgesetzt, gesellschaftlichen, politischen oder ökonomischen Einfluss und Relevanz (Impact) nachzuweisen. Der stark anwendungsbezogene Charakter der Sozialpolitik kommt dieser Agenda entgegen und dieser aktuelle Aspekt des hochschulpolitischen Kontexts ist daher eine weniger große Herausforderung für dieses Fach. Die Betonung auf ‚Impact‘ hat aber sicherlich dazu geführt, dass Akademiker*innen verstärkt mit nicht akademischen Partnern, z. B. dem dritten Sektor oder der Regierung, kooperieren. Aufgrund des Verlangens von Arbeitgebern und Studierenden nach praxisrelevanten Kenntnissen wird außerdem bereits während des Studiums auf Praktika in relevanten Organisationen oder praxisbezogene Abschlussarbeiten hoher Wert gelegt.

Die Hochschullandschaft in Großbritannien ist verstärktem Wettbewerbsdruck und einer expliziten Marktlogik ausgesetzt. Staatliche Fördergelder werden zum Teil danach vergeben, wie Institutionen in einer alle sieben Jahre stattfindenden Evaluation, dem sogenannten Research Excellence Framework (REF), abschneiden (auch hier ist neben Exzellenz der Forschung Impact ein wichtiger Faktor).⁵ Um die dadurch forcierte Fokussierung auf Forschung auszugleichen, besteht zudem seit 2017 ein *Teaching Excellence Framework*

⁵ Ähnlich wie die Lehrvergleiche ist auch das REF nicht frei von Kritik. Insbesondere der hohe Aufwand der zugrunde liegenden Methodik wird kritisiert.

(TEF).⁶ Demzufolge können Hochschuleinrichtungen Gold-, Silber- oder Bronzestatus erzielen anhand von verschiedenen Indikatoren zu Lehrqualität, Lernumgebung und Absolventenerwerbstätigkeit. Dies soll als Marketinginstrument zur Anwerbung von Studierenden dienen. Die zugrunde liegende Methodik sowie der Umstand, dass Einrichtungen mit einem besseren Gütesiegel die maximalen Studiengebühren von 9000 Pfund auf bis zu 9250 Pfund erhöhen können, tragen allerdings dazu bei, dass das TEF innerhalb des Sektors kontrovers diskutiert wird. Im September 2021 wurden Studienanbieter von offizieller Seite angewiesen, den TEF-Status nicht in Marketingmaterialien zu erwähnen. Ob das TEF revidiert oder durch ein neues Instrument ersetzt wird, ist derzeit noch offen (OfS 2022).

Zugang zum Studium von ‚bildungsfernen‘ Schichten (‚Widening Participation‘)

Hoch auf der hochschulpolitischen Agenda steht aktuell das Bestreben, die Teilnahme am Studium auf nicht traditionelle Gruppen auszuweiten, insbesondere indem Bewerber*innen aus unteren Sozialschichten und mit ethnischem Minderheitsstatus zum Studium ermuntert werden und während des Studiums auf zusätzliche Unterstützung zurückgreifen können. Da gesellschaftliche Ungleichheiten ein Hauptgegenstand der Sozialpolitik sind, dürfte das Fach beliebt sein bei Bewerber*innen mit eher ungewöhnlichem Hintergrund – dies ist zum Beispiel daran zu sehen, dass einige ‚reifere‘ Studierende mit bereits erheblicher Lebens- und Berufserfahrung oftmals Sozialpolitikkurse belegen. Gleichzeitig ist diese Agenda natürlich ein trefflicher Forschungs- und Lehrgegenstand für die Disziplin und bietet eine Möglichkeit, gesellschaftliche Relevanz zu beweisen.

‚Dekolonisierung‘ des Lehrplans

Ein weiteres Stichwort, das die aktuelle hochschulpolitische Debatte dominiert, ist das Bestreben, den Lehrinhalt zu ‚dekolonisieren‘ und Themen wie Kolonialismus, ethnische Ungleichheiten, Rassismus, Diskriminierung oder Sklaverei mehr Platz im Lehrplan einzuräumen. Die Sozialpolitik ist von der Kritik bestehender blinder Flecken nicht ausgeschlossen und wird vor allem für ihren Eurozentrismus oder zumindest westlichen Fokus kritisiert. Auch seien Probleme wie rassistische Diskriminierung oder ethnische Ungleichheiten als Ergebnis von Sozialpolitik bisher nicht genug in den Lehrplänen behandelt worden (Cole et al. 2022). Einige Universitäten bemühen sich daher derzeit, gezielt Mitarbeiter*innen mit dem Schwerpunkt ethnische Minderheitsforschung und Sozialpolitik zu rekrutieren.

Wachsende Studierendenzahlen und Auswirkungen der Pandemie

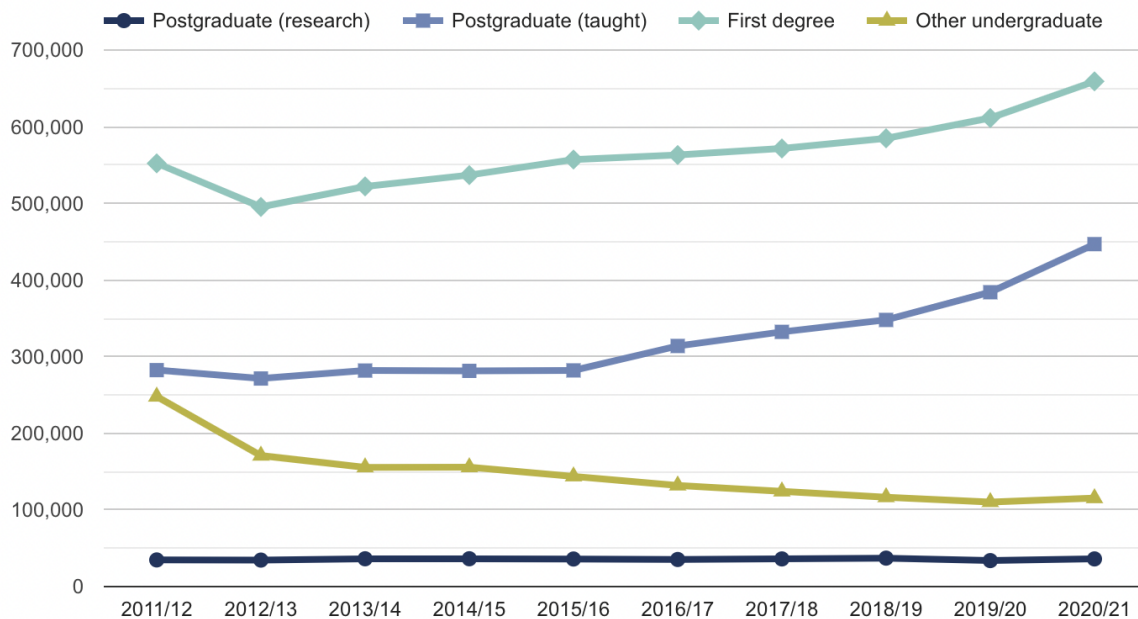
Studierendenzahlen sind fächerübergreifend stetig gestiegen seit der Jahrtausendwende. Einen besonderen Schub für Erststudiengänge gab es in den akademischen Jahren 2020/21 und 2021/22, als aufgrund der Pandemiebedingungen Schalexamen in allen Teilen Großbritanniens größtenteils abgesagt und nach kontroverser Debatte über den Einsatz eines Algorithmus Abschlussnoten letztendlich zugunsten der Schüler*innen berechnet worden sind. Dadurch konnten erheblich mehr Schulabgänger*innen die erforderlichen Zulassungsbedingungen erfüllen. Die Pandemie hat außerdem Online-MA-Abschlüsse

⁶ Die Teilnahme ist freiwillig und insbesondere die Mehrheit der schottischen und nordirischen Universitäten nimmt mit Verweis auf bereits bestehende Qualitätssicherungsmaßnahmen nicht daran teil.

– entweder als Regelprogramm oder Corona-bedingte Notlösung – attraktiv gemacht und auch hier verzeichneten viele Universitäten sprunghafte Anstiege in den Studierendenzahlen.

Abbildung 1: Immatrikulationen an britischen Hochschulen (2011/12–2020/21)

First year higher education (HE) student enrolments by level of study
Academic years 2011/12 to 2020/21



Quelle: HESA (2022)

Aufgrund des pandemiebedingten hohen Ausfalls an Schulstunden besteht allerdings Gefahr, dass sich bei manchen Studienanfänger*innen erhebliche Lücken im Grundwissen und was Studienfertigkeiten betrifft auftun. Dies übt daher erheblichen Druck auf Lehrende in den ersten zwei Studienjahren aus, die nun mit hohen Kursteilnehmerzahlen und dem Nachholen relevanter Grundlagen kämpfen müssen.

Gleichzeitig hat die Pandemie die Relevanz eines funktionierenden Sozialstaates eindeutig aufgezeigt sowie gesellschaftliche Probleme wie Klassen- und ethnische Ungleichheiten oder unsichere Arbeitsbedingungen und fehlende soziale Absicherung ins Blickfeld gerückt. Dies steigert womöglich das Interesse an Sozialpolitikkursen und gibt den Wissenschaftler*innen eine erneute Gelegenheit, die gesellschaftliche und wirtschaftliche Relevanz des Faches zu beweisen. Es wäre interessant, zu beleuchten, ob neue Studienanfänger*innen sich durch die Erfahrung der Pandemie für ein Sozialpolitikstudium begeistern konnten.

Während nicht gesagt werden kann, warum es abgesehen vom allgemeinen Anstieg der Studierendenzahlen einen Anstieg der fachspezifischen Studierendenzahlen gegeben hat, so belegen offizielle Daten, dass dieser Anstieg zumindest (außerhalb Englands) stattgefunden hat (Tabelle 2).

Tabelle 2: Studierendenzahlen in Sozialpolitik nach Herkunft (2019/20–2020/21)

	2019–2020	2020–2021
England	8.305	8.045
Wales	1.325	1.555
Schottland	1.080	1.280
Nordirland	270	325
Rest UK	15	15
EU	705	765
Nicht-EU-Ausland	2.190	2.320
Unbekannt	20	20
Gesamt	13.910	14.330

Quelle: HESA (2022)

Bemerkenswert ist die Tatsache, dass sich trotz des Brexits Studierende aus der EU weiterhin für ein Studium der Sozialpolitik im Vereinigten Königreich entscheiden. Ausländische Wachstumsmärkte, besonders auf Masterebene, bestehen außerdem in Asien (vor allem China) und englischsprachigen Ländern.

2 Dateninfrastruktur

2.1. ÜBERBLICK

Wissenschaftlich erhobene Daten

Die Dateninfrastruktur in Großbritannien ist insgesamt hervorragend. Eine besondere Stärke liegt in Kohortenstudien und regelmäßigen Umfragen. *Understanding Society* ist die britische Haushaltspanelstudie und die größte repräsentative Langzeitstudie ihrer Art. Sie ist die Fortsetzung des britischen Haushaltpanels (BHPS), das von 1991–2009 lief. *Understanding Society* befragt seit 2009 rund 40.000 Haushalte jährlich, einschließlich von 8.000 Haushalten, die bereits Teil der originalen BHPS-Umfrage waren.

Die wichtigsten Kohortenstudien im Vereinigten Königreich

- 1958 British Cohort Study
- 1970 British Cohort Study
- Millenium Cohort Study

Zusätzlich zu den oben genannten landesweiten Studien gibt es regionale Kohortenstudien, wie zum Beispiel *Growing Up in Scotland*, und unzählige kleinere lokale Studien, wie die *Caerphilly* Kohortenstudie in Wales oder die *Lothian Birth Study*.

Eine wichtige repräsentative Umfrage, die besonders auf Sozialpolitik abzielt, ist die *British Social Attitudes* (BSA)-Umfrage, die seit 1983 vom Nationalen Zentrum für Sozialforschung jährlich erhoben wird (NatCen Social Research). Neben ständig wiederkehrenden Fragen zu Einstellungen über sozialpolitische Leistungen und Steuern, die es ermöglichen, Langzeittrends zu vergleichen, werden jedes Jahr zusätzlich wechselnde aktuelle Fragestellungen behandelt, z. B. über Brexit oder die Coronakrise, die der Umfrage enorme tagespolitische Relevanz verschaffen und sehr hilfreich für die sozialpolitische Lehre sind. Verschiedene private Meinungsforschungsinstitute vervollständigen die Umfragelandschaft. Die meisten dieser öffentlichen und privaten Sozialumfragen sind nicht zuletzt aufgrund ihrer Repräsentativität von sehr hoher Qualität.

Verwaltungsdaten

Das landesweite *Office for Statistics* (ONS) ist das statistische Hauptamt des Vereinigten Königreiches. Das ONS betreibt unter anderem den monatlichen *Labour Force Survey* (LFS), welcher wichtige Einsichten in die Entwicklung des Arbeitsmarktes liefert. Relevant für sozialpolitische Forschung ist zudem die sozioökonomische Studie *Effects of Taxes and Benefits on Household Income*. Während das ONS auch den Zensus in England und Wales sowie die nationale Umfrage für Wales (*National Survey for Wales*) im Auftrag der walisischen Regierung erhebt, gibt es in Schottland (*National Records of Scotland*) und Nordirland (NISRA)⁷ zwei zusätzliche Behörden zur Erfassung regionaler Statistiken. Der Zensus wird daher in Schottland und Nordirland dezentral durchgeführt. Dies kann zu Variationen und Dateninkonsistenzen innerhalb des Landes führen. Zum Beispiel ist der UK-weite Zensus, der regulär im Jahr 2021 hätte stattfinden sollen, in Schottland coronabedingt auf 2022 verschoben worden. Aber insgesamt kooperieren die verschiedenen Statistikämter miteinander und sind bestrebt, voneinander zu lernen. Der letzte Zensus ist zum Beispiel im ganzen Land überwiegend online durchgeführt worden. Es wird empfohlen, diesen durch Verwaltungsdaten und Umfragedaten zu ergänzen (ONS 2014).

Administrative Data Research UK (ADR UK) ist eine seit 2018 vom ESRC finanzierte Initiative, die drei nationale ADR-Partnerschaften (Nordirland, Schottland und Wales) mit dem Office for National Statistics zusammenbringt. Die Vereinigung von umfangreichen Verwaltungsdaten der verschiedenen Landesregierungen und öffentlichen Körperschaften auf einer sicheren Plattform eröffnet neue Forschungsmöglichkeiten, deren Ergebnisse die Grundlage für informierte politische Entscheidungen und verbesserte öffentliche Dienstleistungen in verschiedenen Sozialpolitikbereichen, z. B. Bildung oder Gesundheit, bilden können.

Besonders hervorzuheben ist das *Secure Anonymised Information Linkage* (SAIL)-System von Wales (siehe Schaukasten), das seit 2007 ausgebaut wird.

Secure Anonymised Information Linkage (SAIL)

- SAIL ist eine anonymisierte und personenbezogene Datenbank der walisischen Bevölkerung und gilt als Paradebeispiel für die Qualität der Langzeit- und Kohortendaten sowie die robuste Methodik der Datenverknüpfung.
- Anfangs nur auf die Gesundheitsforschung ausgerichtet, wird sie inzwischen zu weiterreichenden Langzeitstudien und zur Vorhersage von Bevölkerungstrends genutzt.
- Eingesetzt werden neue Datentypen und innovative Methoden basierend auf freien Texten, Bildern, genetischen sowie geografischen Daten (Jones 2019).
- Diese weltweit anerkannte Datenbank wird in anderen Ländern kopiert, zum Beispiel ist die neue Initiative DataLoch aus Schottland (<https://dataloch.org/about-us>) SAIL nachempfunden.

UK Data Service und Datashine

⁷ NISRA betreibt außerdem auch Sozialforschung in Nordirland.

Die wichtigsten offiziellen Datenbanken zu allen sozialpolitischen Themen von Arbeit, Bildung, Gesundheit und mehr sind gebündelt einsehbar über den Datenkatalog des UK Data Service.⁸ Der UK Data Service ermöglicht nicht nur eine schnelle Übersicht über vorhandene Sozialstudien und Umfragen gegliedert nach Unterthemen, sondern bietet auch einen schnellen Zugriff auf Daten. Zum umfassenden Leistungsangebot gehört der einfache Zugriff auf ein Variablen- und Fragedepot basierend auf allen landesweiten und subnationalen Umfragen. Das Onlinetool Nesstar bietet die Möglichkeit, einfache Kreuztabellen zu berechnen, ohne direkt in die zugrunde liegende Datenbank zu gehen oder ein Statistikprogramm wie z. B. SPSS zu benutzen.⁹ Über die QualBank kann man auch auf qualitative Umfragen, Interviewfragen und offene Fragen.¹⁰ Dieses umfangreiche Angebot ist besonders nützlich in der Methodenlehre, zum Beispiel zur Einführung in Statistikprogramme, aber auch hilfreich für Sozialpolitikforschende, die nicht besonders routiniert in der Datenverarbeitung sind. Auch fördert es die Sekundärdatenanalyse, die von mehreren Seiten, nicht zuletzt vom ESRC, verlangt wird.

Eine weitere für die sozialpolitische Lehre extrem nützliche Internetplattform ist *Datashine*¹¹, welche auf ein Forschungsprojekt am University College London zurückgeht. Datashine ist eine Webseite, die geografische Karten beruhend auf Zensusdaten von 2011 schnell und übersichtlich produziert und für eine Vielzahl von sozialpolitischen Fragen benutzt werden kann.

2.2 HERAUSFORDERUNGEN

Die drohende Abschaffung des Zensus

Die derzeit größte Herausforderung für die Qualität der Datenlage ist die Debatte um die mögliche Abschaffung des Zensus. Aus Sorge über die enormen Kosten der alle zehn Jahre stattfindenden Erhebung wird derzeit geprüft, ob es schnellere und günstigere Wege gibt, Bevölkerungsdaten zu sammeln. Alternative Datenquellen zur traditionellen Haushaltsbefragung bestünden zum Beispiel in Form von Katasteramtsdaten, Steuerdaten, Patientenlisten und Führerscheindetails. Derartige Verwaltungsdaten, in Kombination mit großflächigen Bevölkerungsumfragen, könnten laut britischem Chefstatistiker das Potenzial haben, bessere und feinkörnigere Informationen auf günstigere und schnellere Weise zu ermitteln (BBC 2020).

Der mögliche Verlust von Zensusdaten nach 2021 bereitet Sozialforscher*innen allerdings große Sorge, da die alternativen Datenquellen alle mit Problemen behaftet sind. Zum Beispiel sind nicht alle Bürger*innen beim NHS registriert oder haben einen Führerschein. Obwohl es gute Umfragen gibt, wäre es ohne Zensus schwierig, bestimmte Untergruppen zu studieren, da die Stichprobengrößen oftmals zu niedrig sind. Die *English Longitudinal Study of Ageing* (ELSA) zum Beispiel hat 12.000 Teilnehmer*innen, aber dennoch mit Stichprobengrößen zu kämpfen.

Gebietsdaten, zum Beispiel Einkommensdaten in einer bestimmten Region, sind noch relativ leicht über Verwaltungsdaten zu erlangen, aber Individualdaten nicht. Der Umgang mit persönlichen Daten ist verständlicherweise sehr streng geregelt und der Zugang begrenzt.

⁸ <https://ukdataservice.ac.uk/>

⁹ <http://nesstar.ukdataservice.ac.uk/webview/>

¹⁰ <https://discover.ukdataservice.ac.uk/QualiBank>

¹¹ <https://datashine.org.uk/#table=QS502EW&col=QS502EW0010&ramp=YIOrRd&layers=BTTT&zoom=12&lon=-0.1500&lat=51.5200>

Es dauert mitunter ein Jahr oder länger, um Zensusdaten mit Verwaltungsdaten, zum Beispiel basierend auf Gesundheitsakten, zu verlinken. Ein Pionierprojekt ist das oben genannte ADR UK Projekt, das jedoch sehr kostspielig ist (ADR UK 2022). Zusätzlich erfordert die Benutzung von Verwaltungsdaten für sozialpolitische Forschungszwecke eine aufwendige Datenaufbereitung und Bereinigung. Man braucht daher viel Erfahrung, Geduld und Hartnäckigkeit, um mit diesen Daten zu arbeiten.

Die Benutzung derartiger Verwaltungsdaten von externen Sozialpolitikforschenden ist daher keine Option, wenn beispielsweise eine Schnellstudie gefragt ist, und würde auch viele Forschungsprojekte riskant verzögern. Die mögliche Abschaffung des Zensus wäre daher ein tiefer Schlag für die generelle Güte der Dateninfrastruktur und damit der quantitativen Sozialpolitikforschung.

Diese kritische Situation wird in Großbritannien durch die Abwesenheit eines Einwohnermeldeamtes und Personalausweissystems verschärft. Wie andernorts auch geben allerdings viele Einwohner*innen Großbritanniens persönliche Daten über soziale Medien preis. Die Idee von einigen Statistikern ist daher, ‚Big Data‘ zu benutzen, um den Zensus und traditionellere Umfragen zu ersetzen. Zu den Ideen gehört zum Beispiel, das Potenzial von internetbasierten Preisdaten zu erkunden oder maschinelles Lernen zur Adressabgleichung zu benutzen. Neben den ethischen Bedenken zur Verwertung von Daten aus dem privaten Sektor und sozialen Medien wirft dieses Vorhaben auch Probleme bezüglich der Datenqualität auf.

Es wird von offizieller Seite betont, dass noch keine Entscheidung bezüglich der Zukunft des Zensus gefallen sei und dieser nur ersetzt würde, wenn die Qualität repliziert werden kann (BBC 2020).

Der Rückgang an Umfrageteilnahmen

Eine weitere Herausforderung für die sozialpolitische Dateninfrastruktur in Großbritannien ist der starke Rückgang der Ansprechraten bei Umfragen, welche zuletzt auf ungefähr 60 % gefallen ist. Als Gründe werden eine gewisse Umfragemüdigkeit angesichts der Vielzahl an Befragungen genannt, aber auch eine zunehmende Atomisierung der Gesellschaft, in der gute repräsentative Sozialdaten nicht mehr als kollektives Gut angesehen werden, zu dem alle beitragen sollten. Möglicherweise besteht auch eine wachsende Angst vor eventuellem Datenmissbrauch, genährt durch Datenverkaufsskandale in der jüngeren Vergangenheit. Auch hier gilt wiederum die Nutzung von ‚Big Data‘ als möglicher Ausweg trotz der damit verbundenen Probleme.

Die Ausblendung bestimmter Bevölkerungsgruppen

Ein Kritikpunkt an der britischen Datenlage, der kürzlich mehr Aufmerksamkeit erfährt, ist das Fehlen von guten Daten und robusten Befunden über ethnische Minderheiten. Der Datensatz EVENS (*Evidence for Equality National Survey*) versucht seit Frühjahr 2021, dieses Politikproblem zu korrigieren. EVENS ist die erste und bislang größte Umfrage ihrer Art, um den Einfluss von Pandemie und Lockdown auf das Leben von 17.000 ethnischen und religiösen Minderheiten zu studieren. Einhergehend mit der bereits genannten wachsenden Sensibilisierung für die Situation ethnischer Minderheiten war es Ziel der Umfrage, die Arbeit und Kampagnen gegen Rassismus und ethnische Ungleichheit durch einen umfangreichen Datenkatalog über ethnische Benachteiligungen im Zusammenhang mit Corona zu informieren. Zu den erforschten Themen zählten unter anderem Arbeit, Finanzen, Bildung, wirtschaftlicher Wohlstand, Gesundheit, Wohnsituation sowie die Erfahrung von

Diskriminierung und Rassismus. Die Hoffnung ist, ethnische Ungleichheiten und Rassismus fest auf der politischen Agenda zu verankern. Der Datensatz ist frei verfügbar und kann von Aktivist*innen, Politiker*innen, gesellschaftlichen Organisationen und natürlich auch der wissenschaftlichen Sozialpolitik genutzt werden.

Weitere blinde Flecke in der sozialpolitischen Datenlage sind ältere Generationen. Diese werden diverser, zum Beispiel was den Beziehungsstatus angeht, aber es gibt wenig robuste Daten diesbezüglich. Probleme wie Obdachlosigkeit und Wohnmängel wie fehlende Heizungen oder Überbelegung sind weitere Schwachpunkte im ansonsten so hervorragenden Datenrepertoire des Landes.

Brexit

Theoretisch besteht die Gefahr, dass sich das Vereinigte Königreich aus EU-weiten Datenerhebungsinitiativen zurückzieht. Der Labour Force Survey zum Beispiel resultierte aus der britischen EU-Mitgliedschaft und könnte daher potenziell abgeschafft werden. Expert*innen ist aber bislang nicht bekannt, dass ein derartiges Bestreben seitens der Regierung besteht.

Die Privatisierung und Kürzung von Statistikressourcen

Die fortschreitende Privatisierung des Gesundheitsdienstes und Schulwesens könnte langfristig ein Problem darstellen, wenn private Einrichtungen sich entweder nicht verpflichtet fühlen, Daten für die Öffentlichkeit bereitzustellen, diese eventuell manipulieren, um in einem besseren Licht dazustehen oder Auskünfte aus kommerziell vertraulichen Gründen schlicht verweigern. Noch ist der jeweilige Prozentsatz dieser Einrichtungen relativ gering, aber dies ist sicherlich eine Entwicklung, die nicht nur aus Gründen der Datenqualität sozialpolitische Beachtung finden muss.

Ein bereits konkretes Problem stellt die rapide Erosion des öffentlichen Dienstes dar. Im Zuge der weitreichenden Kürzungen des öffentlichen Haushalts unter der konservativ geleiteten Regierung, die 2010 ins Amt gewählt wurde, sind auch die Mittel zur Erhebung offizieller Statistiken vermindert worden, obwohl Premierminister Cameron Datentransparenz und ‚open data‘ propagiert hatte. Eine Arbeitsgruppe der Organisation *Radical Statistics* hat die Kürzungen unter der ersten Regierung Cameron einer genaueren Analyse unterworfen. Ein wichtiger – wenngleich nicht überraschender – Befund war, dass offiziell veranlasste Datenerhebungen widerspiegeln, was regierungspolitisch als Problem oder eben nicht als Problem angesehen wird. Dementsprechend waren Statistiken zu ‚unliebsamen‘ Themen, zum Beispiel Umfragen zu Haushaltsarmut, die das Konzept relativ zum mittleren Einkommen messen (diese Operationalisierung wurde seit 2010 seitens der Regierung infrage gestellt), besonders von Kürzungen betroffen. Eine fehlende robuste Datenbasis hat natürlich sozialpolitische Folgewirkungen (Fenton 2014).

Im Zuge des Brexits wurde unter Premier Johnson der Beamtenapparat insgesamt wieder verstärkt. Auf Betreiben von Johnsons damaligen Chefberater Dominic Cummings wurden insbesondere Datenexperten rekrutiert und im Cabinet Office wurde eine *Data Science Unit* eingerichtet (Lloyd 2020). Damit einhergehend wurde außerdem Forschung beruhend auf dem Ansatz von Verhaltenseinsichten weiter forciert. Bereits unter David Cameron wurde ein *Behavioural Insights Team* (umgangssprachlich auch ‚Nudge Unit‘ genannt) innerhalb des

Kabinetts aufgebaut, das allerdings inzwischen unabhängig von der Regierung ist. Die Coronakrise gab einen weiteren Anlass zum Ausbau der Datensammlungen. Zum Zeitpunkt der Verfassung dieser Übersicht sind allerdings wieder weitreichende Streichungen im Beamten- und Regierungsapparat geplant.

Eine Forschungsempfehlung wäre daher, die Auswirkungen weiterer Kürzungen auf die Kapazität zur robusten Datenerhebung und Datenanalyse der Regierung und des öffentlichen Dienstes insgesamt, vor allem auf regionaler und lokaler Ebene, zu untersuchen.

3 Politikberatende Institutionen und Gremien

3.1. ÜBERBLICK

Die Politikberatungslandschaft allgemein und im Bereich der Sozialpolitik im Speziellen ist in Großbritannien sehr vielfältig und umfassend. Alle vier Regierungen und die dazugehörigen Beamtenapparate haben ihre eigenen Forschungsabteilungen und Beratungsgremien. Auch die Parlamente haben ihre hausinternen Thinktanks und offiziellen Komitees.

Insgesamt lässt sich beobachten, „dass das vermeintliche Gestaltungsmonopol der professionellen Ministerialbürokratie und der politischen Parteien Großbritanniens nicht mehr existiert und dass sich die britische Politik im Laufe der Jahrzehnte für ein immer breiteres Spektrum externer Beratungsakteure, die konstitutionell nicht im Zentrum des Entscheidungssystems angesiedelt sind, geöffnet hat“ (Pautz und Thunert 2019, S. 474–475). Ministerien ersuchen nun selbst oft externen Rat von Dienstleistern in Form von Forschungsinstituten und Consultingfirmen. Thinktanks und Lobbyfirmen komplementieren diesen fragmentierten Markt in der Politikberatung (Pautz und Thunert 2019). Der dynamische Markt der Denkfabriken in Großbritannien ermöglicht jedoch sehr flexible und reaktionsschnelle Angebote von Lösungsvorschlägen zu (sozial)politischen Problemen und wird allgemein als beeindruckend angesehen (Williams 2010).

3.2. INTERNE POLITIKBERATUNG DER BRITISCHEN REGIERUNG

Regierungsinterne Beratungsgremien umfassen Parlamentsausschüsse, Untersuchungskommissionen, aber auch Planungseinheiten („policy units“) des Premierministers oder der Ministerien sowie zeitlich befristete Sondereinheiten („task forces“). Die beiden letzteren Einrichtungen sind in der Regel weisungsgebunden und orientieren sich an politischen Prioritäten der jeweiligen Ministerien und dienen der von staatlicher Seite gesteuerten Integration von Expertise in den Regierungsprozess (Pautz und Thunert 2019).

Während parlamentarische Untersuchungsausschüsse als effizientes und produktives Mittel angesehen werden, um forschungsfundierte Erkenntnisse in den politischen Entscheidungsraum einzubringen, gelten die seit 2000 nicht mehr eingesetzten *Royal Commissions*, die hauptsächlich aus Akademiker*innen und nicht parlamentarischen Expert*innen bestanden, inzwischen als zu langwierig und wirkungslos, da die Empfehlungen oftmals nicht dem tagespolitischen Geschehen standhalten. Parlamentarische Kommissionen, in denen Abgeordnete aller Parteien proportional zur Parlamentszusammensetzung vertreten sind,

können durch die Einladung von Zeug*innen sowie Aufrufen zu schriftlichen Eingebungen ebenfalls auf unabhängige wissenschaftliche Expertise zugreifen, haben aber den zusätzlichen Vorteil, dass sie durch die Besetzung mit Parlamentarier*innen ein besseres Politikverständnis haben und von erfahrenen Parlamentsmitarbeiter*innen unterstützt werden. Zudem werden manche dieser Ausschüsse von Politiker*innen mit erheblichem Einfluss geleitet (Shepherd 2019). Beispielsweise stand mit Jeremy Hunt ein ehemaliger Gesundheitsminister dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss des Gesundheitsressorts zwischen 2020 bis zu seiner Beförderung zum Finanzminister im Oktober 2022 vor und war damit in leitender Rolle, als die Coronamaßnahmen der Regierung kritisch beleuchtet wurden. Insgesamt haben sie dadurch mehr politisches Gewicht und Effektivität als Gremien, die hauptsächlich mit Expert*innen von außerhalb des Politikbetriebes besetzt sind.

Seit der ‚New Labour‘-Regierung der späten 1990er-Jahre ist die Anzahl an Sonderberatern, sogenannte ‚SpAds‘ (Special Advisers), stark angestiegen. Dieser Trend hat zu einer veränderten Kultur innerhalb der britischen Regierung geführt. Die sogenannten ‚spin doctors‘ haben die Aufgabe, die Regierungspolitik im guten Licht dastehen zu lassen und Prioritäten dem Parlament und der Öffentlichkeit zu vermitteln, während die ‚policy wonks‘ dem Denken im Ministerium frischen Wind verleihen sollen. Insgesamt ist die Aufgabe von SpAds, sicherzustellen, dass die Ministerialbürokratie nicht die Pläne der Regierung torpediert und im Beamtenapparat ‚versanden lässt‘ und dass Prioritäten des Premierministers in eine alle Ministerien übergreifende Strategie umgesetzt werden. Oftmals haben diese Spezialberater einen beruflichen Hintergrund in einem Thinktank oder einer Lobbying-Organisation und erfüllen damit eine Brückenfunktion zu externer Expertise (Pautz und Thunert 2020).

3.3. EXTERNE ANBIETER DER POLITIKBERATUNG

Besonders herausstechend ist die hohe Anzahl an Thinktanks. Laut einer Liste eines Spezialisten gibt es um die 120 Thinktanks in Großbritannien,¹² die überwiegende Mehrheit davon mit Sitz in London (Copeland 2017). Die meisten sind eher klein und mit relativ wenig Ressourcen ausgestattet im Vergleich zu den großen Thinktanks in den USA (Pautz und Thunert 2019). Viele davon befassen sich explizit mit öffentlicher Politik und Sozialpolitik sowie verwandten Wirtschaftsfragen.

Die wichtigsten Thinktanks im Bereich der Sozialpolitik

- Adam Smith Institute
- Bright Blue
- Centre for Policy Studies (CPS)
- Centre for Social Justice (CSR)
- Civitas
- Demos
- Fabian Society

¹² Schätzungen variieren stark und sind je nach Definition zwischen 100 und 250 angesiedelt (Pautz und Thunert 2019).

- Institute for Employment Studies (IES)
- Institute for Fiscal Studies (IFS)
- Institute for Public Policy Research (IPPR)
- Joseph Rowntree Foundation (JRF)
- King's Fund (spezialisiert auf Gesundheitspolitik)
- National Institute of Economic and Social Research (NIESR)
- New Economics Foundation (NEF)
- Policy Exchange
- Resolution Foundation
- ResPublica
- Social Market Foundation
- Sutton Trust (spezialisiert auf Bildungspolitik)
- Work Foundation (spezialisiert auf Arbeitsmarktpolitik)

Der Charakter verschiedener Thinktanks ist manchmal schwer zu definieren, da die Spannweite dieser Denkfabriken von klassischen Forschungsinstituten bis zu Lobbygruppen reicht. Einige wenige Institute, zum Beispiel das IFS,¹³ haben einen unangefochtenen Expertenstatus und können sich daher unabhängig von der jeweiligen Regierungsmehrheit Gehör verschaffen, während die meisten der eher parteilichen Thinktanks (manche involvieren aktive oder ehemalige Politiker und/oder verfolgen ganz eindeutig bestimmte politisch-ideologische Ziele wie freie Marktwirtschaft oder Armutsbekämpfung) zumeist nur die ihnen nahestehenden Parteien beeinflussen.¹⁴

Die häufig beteuerte politische Unabhängigkeit vieler Thinktanks ist ein strittiges Thema und besonders die Finanzierung¹⁵ beziehungsweise Verheimlichung der Einnahmequellen mancher Institute wirft einige Fragen auf. Auch besteht eindeutig ein ‚Drehtürprinzip‘ zwischen Thinktanks und Regierungsrollen (Pautz und Heins 2016; Williams 2010). Als Kritikpunkt gilt auch, dass Thinktanks erheblichen Einfluss auf das Agenda Setting ausüben und manche Probleme überhaupt nur in den Blick nehmen, um ihre bereits vorgefertigten Lösungen zu propagieren.

Ein notorisches Beispiel ist das *Centre for Social Justice* (CSJ), das vom ehemaligen konservativen Parteivorsitzenden Iain Duncan Smith ins Leben gerufen wurde, bevor er als

¹³ Die Kommentare und Analysen des IFS zu den Haushaltsankündigungen in jedem Frühjahr und Herbst sind quasi Pflichtlektüre für alle am Thema Interessierten.

¹⁴ Pautz und Thunert (2019) bieten einen guten Überblick, wie manche wichtige britische Thinktanks ideologisch und parteipolitisch einzuordnen sind.

¹⁵ Eine staatliche Grundfinanzierung gibt es in der Regel nicht (Pautz und Thunert 2020).

Minister für Arbeit und Renten (2010–2016) unter David Cameron diente. Das CSJ ist mitverantwortlich für die Popularisierung von Begriffen wie ‚*broken Britain*‘ und die Verbreitung von Denkweisen, die den Bezug von Sozialhilfe und anderen staatlichen Leistungen als Lebensstil und individuell verursacht ansehen, unter weitgehender Ausklammerung von strukturellen Faktoren (Slater 2014). Als späterer Minister mit sozialpolitischem Portfolio war Duncan Smith für die radikalste Wohlfahrtsstaatsreform seit Jahrzehnten verantwortlich und implementierte ein harsches ‚*welfare to work*‘-System, gekennzeichnet von Leistungskürzungen und Sanktionen für Arbeitslose.

3.4. POLITIKBERATUNG AUF SUBNATIONALER EBENE

Der starke London-Zentrismus ist sicherlich keine große Überraschung, erleichtert er doch das wichtige Networking zwischen Politik, Medien und Beratung, aber zeigt auch, dass Thinktanks einen ‚blinden Fleck‘ haben und sich einseitig auf das Politikgeschehen der Hauptstadt konzentrieren. Eine interessante Ausnahme bei den Thinktanks ist der IPPR, der sowohl einen Zweig in Manchester und Newcastle in Form von IPPR North und einen IPPR Scotland eingerichtet hat (Copeland 2017). Im Zuge der weiter voranschreitenden Übertragung von Zuständigkeiten auf die Regionalparlamente in Schottland, Wales und Nordirland (die sogenannte ‚*devolution*‘) sowie der Dezentralisierung innerhalb Englands besteht auch außerhalb Londons Bedarf nach Politikberatung. In den letzten Jahren ist daher auch in Nordirland, Schottland und Wales die Zahl der landesspezifischen Thinktanks gestiegen, auch wenn sie noch immer vergleichsweise niedrig ist. Pautz und Thunert (2019) spekulieren, dass andere Institutionen, zum Beispiel universitäre Institute oder auch nur individuelle Akademiker*innen, hier die Rolle von Thinktanks übernehmen. Es gilt aber zu erwarten, dass sich die bereits sehr dynamische Landschaft der Politikberatung weiter diversifiziert (Pautz und Thunert 2019).

Zusätzlich zum Zugriff auf externe Beratungsanbieter stehen den Regionalparlamenten eigene interne Forschungsdienste (*Scottish Parliament Information Centre*, SPICe in Schottland; *Senedd Research* in Wales und *Research and Information Service* [RaISe] in Nordirland) zur Verfügung. Das schottische Parlament hat zudem einen eigenen Thinktank (*Scotland's Futures Forum*¹⁶), der den Wissensaustausch zwischen Akademie und Politik unterstützt. Mitte der 2010er-Jahre sind zudem einige Zentren für wissenschaftliche Befunde und Analyse unter dem Schlagwort ‚What Works ...‘ (zum Beispiel ‚What Works Scotland‘ oder ‚What works Wellbeing‘) eingerichtet worden. Hieraus resultierte auch das *Wales Centre for Public Policy* (WCPP), das bis heute weiter besteht und zum Großteil von der walisischen Regierung finanziert wird, um unabhängige Politikberatung anzubieten. Wie auch in Schottland gibt es in Wales ein Wissensaustauschprogramm für Akademiker*innen, um das Parlament zu beraten.

3.5. SOZIALPOLITIKEXPERT*INNEN AN DER SCHNITTSTELLE ZWISCHEN WISSENSCHAFT UND POLITIK

Wie bereits oben diskutiert, erhöht die derzeitige ‚Impact Agenda‘ den Druck auf sozialpolitisch Forschende, gesellschaftliche und politische Relevanz zu beweisen. Dies führt zu einer gesteigerten Verflechtung von Politik und Wissenschaft im Zuge des Drucks, gut vernetzt zu sein und das Gehör von Machthabern in der Politik zu erlangen. Der Slogan

¹⁶ Dieser ist allerdings sehr klein und praktisch ein Ein-Mann-Betrieb mit etwas administrativer Unterstützung.

‚evidence-based policy making‘ verstärkt umgekehrt das Bestreben von Politikschaffenden, sich akademische Expertise einzuholen, bevor Entscheidungen getroffen werden. Zusammengekommen verstärken diese Rahmenbedingungen den Trend, dass akademische Sozialpolitikexpert*innen versuchen, sich an den Schaltstellen zwischen Wissenschaft und Politik zu positionieren. Viele Universitäten haben inzwischen gesonderte ‚knowledge exchange‘-Abteilungen, die aktiv die Expertisen ihrer Akademiker*innen an die Politik zu vermitteln suchen.

Während viele Akademiker*innen ihre Expertise individuell bei Kommissionen, Ausschüssen oder den Medien anbieten, haben einige Universitäten auch Institute für angewandte Politikforschung geschaffen, die weitgehend unabhängig vom Rest der Universität agieren. Ein gutes Beispiel dafür sind zwei Einrichtungen der LSE. Sowohl das *Centre for Economic Performance* (CEP) als auch das *Centre for the Analysis of Social Exclusion* (CASE) kommen eher einem Thinktank gleich und zeigen auf, wie schwer definierbar die Grenze zwischen verschiedenen Organisationsformen der Politikberatung ist (Pautz und Thunert 2019). Diese Tendenzen deuten auch auf den Konflikt zwischen dem von sozialpolitischer Forschung immer mehr erwarteten ‚Impact‘ und den Anforderungen wissenschaftlicher Qualität und Unabhängigkeit. „Sich zu sehr der Beratung verschreibende Akademiker oder universitäre Organisationen riskieren ihre wissenschaftliche Reputation, während Forschung ohne impact kaum mehr gefördert wird“ (Pautz und Thunert 2019, S. 485).

Da viele Sozialwissenschaftler*innen eine vorwiegend kritische Haltung gegenüber den Wohlfahrtsstaatsreformen des letzten Jahrzehntes einnehmen, ist wirklicher Einfluss auf die wichtigsten Entscheidungsträger*innen zumindest bei der Zentralregierung in London derzeit schwierig. Allerdings ergeben sich einige Möglichkeiten, die Regionalregierungen in Edinburgh und Cardiff (und, sofern es eine funktionierende nordirische Regierung gibt, auch in Belfast) zu beraten. Während die Haupthebel der Sozialpolitik in Form von Steuern und Lohnersatzleistungen der Kontrolle in Westminster unterstehen, hat der Prozess der Devolution dennoch dazu geführt, dass es subnational gewisse Abweichungen von ansonsten uniformen Steuer- und Leistungssätzen geben darf. Sozialpolitikwissenschaftler*innen sind hier in Armuts- und Ungleichheitskommissionen vertreten. Sozialpolitikexpert*innen haben zum Beispiel daran mitgewirkt, dass die schottische Regierung statt von ‚Wohlfahrt‘ von ‚sozialer Sicherheit‘ spricht, um dem negativen Diskurs über angeblich ‚schmarotzende‘ Leistungsempfänger*innen Einhalt zu gewähren. Auch wurde in Schottland ein Gremium für Soziale Sicherheit eingeführt, das neben Akademiker*innen zusätzlich ‚Expert*innen aus Erfahrung‘, also Menschen mit Erfahrung von Sozialleistungsbezug, umfasst.

Ein Beispiel für einen gewissermaßen erfolgreichen, aber dennoch fragwürdigen Einfluss auf Sozialpolitik seitens eines akademischen Experten ist im Zusammenhang mit der Einführung von *Universal Credit*, ein wichtiger Baustein in der Duncan-Smiths-Sozialstaatsreform, zu nennen. Ein Professor für Wirtschaft und Sozialpolitik von der Universität Bath hatte damals im Vorfeld eine relativ prominente Beraterrolle eingenommen. Dieser Einfluss ist allerdings seitens der Kolleg*innen in der Disziplin kritisiert worden und hat einen gewissen Reputationschaden unter Wissenschaftler*innen angerichtet aufgrund der vielen Probleme, die mit Universal Credit einhergehen. Derselbe Professor war später Mitglied einer von der konservativ geführten Regierung eingesetzten Kommission zu sozialer Mobilität, trat aber aus Protest über den Mangel an Fortschritt in diesem Bereich und mit dem Vorwurf der Vernachlässigung des Themas seitens der Regierung vorzeitig von dieser Rolle zurück (Gregg 2017). Dieses Beispiel demonstriert, dass es durchaus Kanäle gibt, durch die sich Sozialpolitikexpert*innen in das Politikgeschehen einbringen können, aber ihre Rolle die

Gefahr birgt, als Feigenblatt zu dienen und nicht wirklich Einfluss auf Entscheidungen zu haben.

3.4. HERAUSFORDERUNGEN

Zugangsprobleme zu Expertengremien

Insgesamt bedeutet die immer noch starke Zentralisierung des Vereinigten Königreichs, dass es für viele Sozialpolitikexpert*innen außerhalb des Südwestens von England schwierig ist, sich über schriftliche Eingaben zu öffentlichen Konsultationen hinaus regelmäßig persönlich einzubringen.

„Select Committees“ (d. h. Untersuchungsausschüsse) greifen neben öffentlichen Aufrufen zur schriftlichen Einsendung von Expertise auch auf die persönliche Einladung von „Zeug*innen“ (d. h. mündliche Anhörungen von Expert*innen) zur Beweisaufnahme zurück. Insgesamt stellen allerdings die Arbeitsweise und Verfahrensprozesse von derartigen politischen Gremien Barrieren dar für die Einbeziehung eines weitreichenden Expertenkreises über die „üblichen Verdächtigen“ hinaus. Die oftmals kurzfristige Ansetzung sowie mögliche Verzögerungen oder Verschiebung von Anhörungen macht es für Expert*innen mit Kindern, einer weiten Anreise oder Behinderungen oftmals schwer, trotz Einladung daran teilzunehmen. Die Umstellung auf Videokonferenzen im Zuge der Pandemie hat diese Barrieren etwas abgebaut, aber mit der Rückkehr zum „business as usual“ dürften sie wieder im Weg stehen. Wie auch in manchen anderen Politikbereichen muss auch in der sozialpolitischen Beratung mehr dafür getan werden, den Kreis von Expert*innen durch praktische Hilfen zu erweitern und Monopolstellungen einiger weniger als kompetent, vertrauensvoll und nützlich angesehener Individuen zu vermeiden.

Sozialpolitikexpertise während der Pandemie

Nachdem sich prominente Brexit-Befürworter*innen abwertend über die Rolle von Experten geäußert hatten – das bekannteste Beispiel ist der damalige Justizminister Michael Gove, der deklarierte, die Menschen in Großbritannien hätten „die Nase voll von Experten“ – ist anzunehmen, dass sie diese Aussagen im Zuge der Ausbreitung von Covid-19 wieder bereut haben. In der Tat haben Politiker*innen stark auf die Expertise von Beratungsgremien wie der *Scientific Advisory Group for Emergencies* (SAGE) verwiesen, wenn es um zum Teil unliebsame Entscheidungen über Lockdown und andere Beschränkungen des öffentlichen Lebens zur Eindämmung der Pandemie ging.

Obwohl der Wissensschatz und die Qualifikation von offiziellen Experten wie dem Chief Medical Officer (leitender medizinischer Berater der Regierung) oder Chief Scientific Adviser (leitender wissenschaftlicher Berater),¹⁷ die quasi über Nacht zu Berühmtheiten geworden sind, nicht von anderen Wissenschaftler*innen infrage gestellt wird, gab es dennoch eine Kontroverse um SAGE und die Art der Expertise, die angefragt wurde.¹⁸ Ein Kritikpunkt war

¹⁷ Beide Rollen sind dem/der Premierminister(in) direkt verantwortlich, aber haben ausdrücklich nur eine Beratungsfunktion und treffen keine politischen Entscheidungen.

¹⁸ Zum Teil basierend auf dem Vorwurf, dass die Arbeitsweise von SAGE nicht transparent genug sei, aber auch eine als zu eng empfundene Expertise bereitgestellt werden würde, wurde im Mai 2020 eine „Independent SAGE“-Gruppe gegründet. Der Name ist wohl etwas unglücklich, da die Unabhängigkeit vom offiziellen Beratungsgremium nicht wirklich infrage steht, aber diese inoffizielle Gruppe hat sich zumindest etwas mehr bemüht, auch andere Arten von Expertise mit einzubeziehen, zum Beispiel aus den Bereichen der Sozialpsychologie und

die Vernachlässigung von sozialwissenschaftlichen Perspektiven, die dazu führte, dass epidemiologische Sichtweisen allzu dominierend waren. Auch außerhalb des Pandemiekontextes ist es oftmals ein Vorwurf, dass wirtschaftlichen Fragen und Folgewirkungen zu viel Raum auf Kosten sozialer Aspekte eingeräumt wird. Die Auswahl an Expert*innen und die Art von Expertise, die als relevant betrachtet wird, sowie die Fragen, die gestellt werden, beeinflussen natürlich, welche Lösungsvorschläge erbracht werden.

Konkret hat die Nichteinbeziehung von sozialwissenschaftlichen Perspektiven und anfänglicher Ausblendung von sozialpolitischer Expertise dazu geführt, dass soziale Probleme wie zum Beispiel die Auswirkungen von Pandemie und Lockdown auf die psychische Gesundheit von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen, die sozialen Nachteile des Schulausfalls und die damit einhergehende wachsende Bildungskluft zwischen Arm und Reich oder die Inadäquatheit der sozialen Sicherungssysteme nicht rechtzeitig ins Blickfeld gerückt wurden.

Im Herbst 2020 hatte allerdings das House of Lords einen Parlamentsausschuss zu wirtschaftlichen Fragen einberufen, in der die Angemessenheit der Arbeitslosenhilfe und die finanzielle Unterstützung für Selbstständige während der Pandemie kritisch beleuchtet wurde. Hierzu sind nicht nur Vertreter*innen von Organisationen, die sich für sozial Benachteiligte einsetzen, sondern auch Sozialpolitikwissenschaftler*innen angehört worden (House of Lords 2020). Von diesem Einzelbeispiel abgesehen, fanden Fragen der Sozialpolitik im Vergleich zu anderen Problempunkten relativ wenig Aufmerksamkeit im Zusammenhang mit der Coronakrise.

Diese Ausblendung sozialpolitischer Expertise gegenüber vielen anderen Politikbereichen hat mit einer hartnäckigen Status-Hierarchie von Expertise und der als unterschiedlich wertvoll angesehenen Arten von wissenschaftlichen Belegen zu tun. Naturwissenschaften und Ökonomie sind auch im Vereinigten Königreich höher eingestuft als die Sozialwissenschaften. Befunde aus Experimenten und quantitativen Daten gelten als vertrauenswürdiger als aus qualitativen Interviews, usw. Eine wichtige Aufgabe für die Zukunft bleibt daher für sozialpolitische Expert*innen, zu zeigen, dass ihr Wissen relevant ist und nur eine möglichst breit gefächerte Sichtweise auf Probleme zu den besten Lösungen führen kann.

Literatur

ADR UK. 2022. Startseite. <https://www.adruk.org/>. Zugegriffen: 28. Mai 2022.

BBC. 2020. UK's 2021 census could be the last, statistics chief reveals. <https://www.bbc.co.uk/news/uk-51468919>. Zugegriffen: 28. April 2022.

Cole, Bankole, Gary Craig und Nasreen Ali. 2022. Introduction: 'Race', Learning and Teaching in Social Policy Higher Education. *Social Policy and Society* 21/1: 1–11, DOI: <https://doi.org/10.1017/S1474746421000713>.

Copeland, Eddie. 2017. UK think tanks, mapped. <http://eddiecopeland.me/map-uk-think-tanks/>. Zugegriffen: 6. Juni 2022.

Fenton, Alex. 2014. Austerity stats: Making sense of cuts and changes to official statistics under the coalition. <https://blogs.lse.ac.uk/politicsandpolicy/austerity-statistics-what-should-we-make-of-cuts-and-changes-to-official-statistics-under-the-coalition/>. Zugegriffen: 28. Mai 2022.

Gregg, Paul. 2017. I resigned from the Social Mobility Commission because of the British government's dismal record. <https://blogs.bath.ac.uk/iprblog/2017/12/08/i-resigned-from-the-social-mobility-commission-because-of-the-british-governments-dismal-record/>. Zugegriffen: 9. Juni 2022.

HESA. 2022. What do HE students study? <https://www.hesa.ac.uk/data-and-analysis/students/what-study>. Zugegriffen: 2. März 2022.

House of Lords. 2010. Select Committee on Economic Affairs: Employment and Covid-19. Tuesday 3 November 2020. <https://committees.parliament.uk/oralevidence/1138/pdf/>. Zugegriffen: 9. Juni 2022.

Hudson, John und Neil Lunt. 2022. The contested jurisdiction of Social Policy in UK universities since 1972. *Journal of Social Policy* 51/3: 487–503.

Jones, Kerina H., David Vincent Ford, Simon Thompson und Ronan Lyons. 2019. A profile of the SAIL databank on the UK secure research platform. *International Journal of Population Data Science* 4/2, DOI: [10.23889/ijpds.v4i2.1134](https://doi.org/10.23889/ijpds.v4i2.1134). Zugegriffen: 1. September 2022.

Lloyd, Lewis. 2020. A No10 data science unit could create more problems than it solves. <https://www.instituteforgovernment.org.uk/blog/no10-data-science-unit-could-create-more-problems-it-solves>. Zugegriffen: 28. Mai 2022.

Mackinder, Sophie und John Hudson. 2017. The Current and Future State of Social Policy Teaching in UK Higher Education Institutions: 2016. <http://www.social-policy.org.uk/wordpress/wp-content/uploads/2014/05/Teaching-Learning-Report2c-2017.pdf>. Zugegriffen: 21. Februar 2022.

Nuffield Foundation. o. D. Q-Step. <https://www.nuffieldfoundation.org/students-teachers/q-step>. Zugegriffen: 21. Februar 2022.

Office for Students (OFS). 2022. Future of the TEF. <https://www.officeforstudents.org.uk/publications/letter-to-providers-tef-update>. Zugegriffen: 2. März 2022.

Office for National Statistics (ONS). 2014. Beyond 2011. <https://www.ons.gov.uk/census/censustransformationprogramme/beyond2011censustransformationprogramme>. Zugegriffen: 3. Mai 2022.

Patrick, Ruth, Kate Brown und Emma Drever. 2011. The current and future state of Social Policy teaching in UK HEIs. London und Southampton: Social Policy Association & SWAP (Higher Education Academy subject centre for Social Policy and Social Work). <http://www.social-policy.org.uk/downloads/TLfull.pdf>. Zugegriffen: 22. Februar 2022.

Pautz, Hartwig und Elke Heins. 2016. Government and 'independent expertise': think tanks represent a blind spot for critical analysis. *British Politics and Policy at LSE* (6. Januar 2016). <http://eprints.lse.ac.uk/70505/>. Zugegriffen: 9. Juni 2022.

Pautz, Hartwig und Martin Thunert. 2019. Politikberatung in Großbritannien. In *Handbuch Politikberatung*, Hrsg. Svenja Falk, Manuela Glaab, Andrea Römmele, Henrik Schober und Martin Thunert, zweite überarbeitete Auflage, 473–488, Wiesbaden: Springer.

Prospects. 2021. Social Policy. <https://www.prospects.ac.uk/careers-advice/what-can-i-do-with-my-degree/social-policy>. Zugegriffen: 2. März 2022.

Shepherd, Marcus. 2019. Royal commissions are outdated and will not deliver real change. <https://www.instituteforgovernment.org.uk/blog/labours-manifesto-fails-recognise-royal-commissions-are-past-their-sell-date>. Zugegriffen: 1. September 2022.

Slater, Tom. 2014. The Myth of 'Broken Britain'. *Welfare Reform and the Production of Ignorance. Antipode* 46/4: 948–969.

The Guardian. 2022. The Guardian University Guide. <https://www.theguardian.com/education/ng-interactive/2021/sep/11/the-best-uk-universities-2022-rankings>. Zugegriffen: 21. Februar 2022.

UCAS. 2022. Search for courses. <https://digital.ucas.com/search>. Zugegriffen: 21. Februar 2022.

Williams, Zoe. 2010. Brains for hire: the thinktank. <https://www.theguardian.com/politics/2010/oct/27/thinktanks-brains-for-hire>. Zugegriffen: 9. Juni 2022.

Über die Autorin

Elke Heins, Senior Lecturer in Sozialpolitik an der Universität Edinburgh mit Schwerpunkt vergleichende und europäische Wohlfahrtsstaatsforschung, insbesondere Arbeitsmarktpolitik.

Für die Inhalte der vorliegenden Publikation ist ausschließlich die Verfasserin verantwortlich.

Impressum

DIFIS – Deutsches Institut für Interdisziplinäre Sozialpolitikforschung

Direktorin: Prof. Dr. Ute Klammer (Universität Duisburg-Essen)

Stellv. Direktor: Prof. Dr. Frank Nullmeier (Universität Bremen)

Standort Duisburg: Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ), Forsthausweg 2, 47057 Duisburg

Standort Bremen: SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik,

Mary-Somerville-Straße 5, 28359 Bremen

Homepage: www.difis.org

Erscheinungsort und -datum: Duisburg/Bremen, Oktober 2022

Inhaltliche Betreuung: Dr. Anna Hokema

Betreuung der Publikationsreihe: Dr. Miruna Bacali

ISSN: 2748-7199